

## Zwei Bilanzen - ein Geschäft oder

# ARM UND REICH KANN MAN NICHT VELWECHSERN

5 Es gibt eine ganze gesellschaftliche Klasse in der BRD, deren wichtigste Vertreter und  
hauptberufliche Sachwalter Jahr für Jahr Bilanzen erstellen. Bilanziert wird der Geschäftserfolg  
der Firmen, in denen diese Klasse Teile ihres Privatvermögens angelegt hat. Da wird aufgelistet,  
was der Firma gehört - "Aktiva" - und unter welchen Besitz- und Schuldtiteln ihr das alles gehört  
- "Passiva" -, der Jahresabschluß mit dem Vorjahresabschluß verglichen; und der Kundschaft und  
10 dem Finanzamt wird eine Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag präsentiert - die "Gewinn-  
und Verlustrechnung". Die sieht dann z. B. auszugsweise so aus:

### **Gewinn- und Verlustrechnung der BMW-AG für das Geschäftsjahr 1983**

	1983	1982
Umsatzerlöse	11 480 858 834 9 371 550 506	
...		
15 Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren	6 221 489 771 5 045 878 925	
Rohhertrag	5 333 885 270 4 420 939 878	
...		
Erträge aus Zinsen u.ä.	123 308 539 84 924 675	
20 Aufwendungen:		
Löhne und Gehälter	2 088 310 632 1 898 512 042	
Soziale Abgaben	311 620 891 271 689 880	
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	71 844 675 73 639 384	
25 Abschreibung auf Sachanlagen	716 900 729 615 817 825	
...		
Zinsen u.ä. Aufwendungen	66 150 445 67 384 707	
Steuern	620 276 692 375 746 603	
Einstellungen in Sonderposten 30 mit Rücklageanteil	39 031 657 106 830 257	
Sonstige Aufwendungen	1 376 632 354 1 088 636 808	
...		
Jahresüberschuß	288 000 000 200 000 000	
Einstellungen aus dem Jahresüber- 35 schuß in freie Rücklagen	144 000 000 90 000 000	
Bilanzgewinn	144 000 000 110 000 000	

Die wichtigste Zahl heißt

### 40 **Bilanzgewinn**

und fällt durch ihre runde Gestalt auf. Sollte wirklich eine Summe mit akkurat sechs Nullen am  
Schluß nach einjährigem Hin und Her mit lauter krummen Ziffern und Primzahlen

“übriggeblieben” sein? Der dazugehörige “Geschäftsbericht “ beginnt gleich mit der Auskunft, daß die 144 Millionen eine *Empfehlung des Vorstands* darstellen: Exakt so groß ist die Endsumme, wenn jede Aktie im Nennwert von 50.- DM mit einer Dividende von 11.- DM und einem Bonus von 1.- DM bedacht wird. Vom Unternehmensgewinn ist dieses zur “Ausschüttung”, also als privates Einkommen der Eigentümer vorgesehene Sümmechen nur der kleinere Teil. Noch einmal der gleiche runde Betrag wird als zusätzliche “freie Rücklage” ausgewiesen, verbleibt also als fungierender Reichtum bei der Firma, erhöht so das Eigentum der Eigentümer - was die an der Wertsteigerung ihrer Aktien bemerken - *und* die ökonomische Schlagkraft des Unternehmens. Auch diese Summe verdankt ihre runde Gestalt dem Vorstandsbeschluß, sie so auszuweisen, und ist nur ein Stück vom betrieblichen “Wirtschaftswachstum”. Die *Bilanzsumme* des Unternehmens, die eine gewisse Vorstellung von der Größe des als Firma fungierenden Reichtums gibt, ist im Jahr 1983 jedenfalls um eine halbe Milliarde DM und damit um über 10% gewachsen. Auf der “Passiva”-Seite der Bilanz wird dieses dynamische Firmenkapital kunstvoll auf verschiedene, steuerlich unterschiedlich behandelte Posten verteilt.

I. bis VII. der auf Seite 15 stehenden Bilanz sind Vermögenstitel; auch Rubrik VI. bilanziert nicht das finanzielle Glück der BMW-Rentner und Unfallopfer, sondern eine firmeneigene steuerbegünstigte Kapitalsumme, aus deren fiktiven Zinserträgen - tatsächlich wirtschaftet die Firma selbst damit, und zwar weit rentabler! - die alten Arbeiter ein Zubrot erhalten und bessere Ehemalige vor dem Schicksal eines “Sozialfalls” bewahrt werden. VIII. und IX. weisen aus, daß gut 20% der über 5 Milliarden, mit denen BMW wirtschaftet, anderen Firmen und Eigentümern gehören, die also noch zusätzlich, mit 66 Millionen DM Zinserträgen z.B., am BMW-Autogeschäft beteiligt sind - so wie umgekehrt die Firma BMW nicht bloß die eigenen Fabriken besitzt, sondern mit 1,2 Milliarden DM beim Geschäft fremder Firmen mit von der Partie ist: Das weist die “Aktiva”-Seite der Bilanz unter “Finanzanlagen” und “Forderungen” aus.

In ähnlicher Größenordnung, wie der private Reichtum der Firma und ihrer Eigentümer gewachsen ist, wurde 1983 der öffentliche Reichtum bedient: mit fast zwei Drittel Milliarde DM Steuern. Nach der Logik der betrieblichen Gewinnrechnung zählt dieser Betrag allerdings weniger zum erwirtschafteten Überschuß, zum im Jahresverlauf vermehrten Reichtum, sondern unter die “Aufwendungen”, die für das eigentlich gemeinte und angestrebte Ergebnis, den Jahresüberschuß, nötig geworden sind. Unter derselben weitherzigen Kategorie verbucht die Rubrik “Abschreibungen” die im Hinblick auf den nötigen Ersatz errechnete fiktive Wertminderung längerfristig fungierender Produktionsmittel - eine Rechnung, die weniger dem technischen Verschleiß als den staatlichen Erlaubnissen folgt, den so festgelegten Reichtum für die Steuer binnen weniger Jahre als nicht mehr existent zu betrachten und zu verbuchen.

Die fast 1,4 Milliarden DM an “sonstigen Aufwendungen” enthalten nebenher die bürotechnischen Notwendigkeiten eines ordentlichen Geschäftsgangs; vor allem aber werden da pauschal alle Unkosten der unternehmerischen *Freiheit* verbucht, den Reichtum der Firma würdig zu *repräsentieren*, für sein Wachstum zu *werben* und einiges gehobene Personal steuermindemd zu ehrenwerten Charaktermasken ihres Geschäftserfolgs *auszustaffieren*. Auch diese Summe gibt insoweit Zeugnis von dem Reichtum, den ein Unternehmen wie BMW Jahr für Jahr für seine “Politik” *übrig* hat.

Die 11 Millionen DM an Vorstands- und Aufsichtsratsbezügen: der eigentliche “Unternehmerlohn”, mit dem die Macher der Bilanz *sich* entschädigen, verschwinden ganz

nebenbei in den zweieinhalb Milliarden DM "Personalkosten"; ebenso übrigens wie die 61 Millionen, um die der "Pensionsrückstellungen" genannte Vermögensteil der Firma gewachsen ist; auch die Drittel Milliarde, die der Fiskus mit dem guten Gewissen eines Sozialstaats zusätzlich zum Lohn von der Firma abkassiert, sind in dem Posten enthalten. Immerhin wird mit einem Teil dieser kostspieligen "Aufwendungen" doch auch die *Arbeitskraft* gekauft, die den *Reichtum schafft*, über dessen Verwendung die anderen Bilanzposten so schleierhafte Auskünfte geben. Von diesem sachlichen Zusammenhang macht die betriebliche Gewinnrechnung natürlich erst recht kein Aufhebens. Die Arbeit, die in den Autos steckt, um die die Firma sich doch dreht, verschwindet bilanzmäßig als einer unter mehreren Kostenfaktoren in einer Rubrik mit den großzügigen Bezügen des Managements, den Gehältern der Werbefritzen und Designer, den Zuwendungen an den Werkschutz usw. usf.

Das ist auch nur recht und billig und überhaupt so vorgeschrieben. Schließlich macht in einer Geschäftsbilanz nicht der produzierende Teil der Belegschaft seine Rechnung auf, sondern die Manager des Eigentums geben Rechenschaft über *dessen* zweckmäßige Verwendung. Auf den *Effekt*, die gelungene Mehrung des Kapitals und der dadurch bedienten Privateinkommen, kommt es so sehr an, daß die Auslagen für die Arbeit, die dieses schöne Ergebnis schafft, eben wirklich nur als notwendige *Abzüge* vom Betriebsergebnis zählen. Das und sonst nichts ist das ganze Geheimnis des *kapitalistischen Reichtums*.

### **Die Lohnkosten-Bilanz**

Die so benutzte und verbuchte Menschheit erhält von den Managern des Privateigentums ebenfalls eine Abrechnung, sogar Monat für Monat. Die sieht naturgemäß etwas anders aus - beispielsweise auf dem auf der nächsten Seite abgebildeten Lohnstreifen.

Verglichen mit einer betrieblichen Gewinnrechnung, ist bei dieser "Bilanz" ein gewisser Schönheitsfehler allerdings unübersehbar. Es fehlt die Liste der Aufwendungen, die der Mensch treiben muß, bis der Vertrag mit seiner Firma erfüllt und der entsprechende "Ertrag" verdient ist. Keine Aufstellung der "sozialen Abgaben" an die übrigen Haushaltsmitglieder, der "Abschreibungen" auf die lebensnotwendigen Haushaltsgüter, der "Rücklagen" für die "Risikovorsorge", der Zinsen und der vielen "sonstigen Aufwendungen" von der "Geschäftsreise" zur Arbeit bis zum "Geschäftssessen" mit Kollegen. Keine Bilanz der Leistungen, die erbracht sein müssen, bevor die Firma sich zu einer Lohnzahlung herbeiläßt.

Es ist also gar nicht zu übersehen: Auch hier macht nicht der Arbeiter seiner Firma seine Aufwands- und Ertragsrechnung auf. Umgekehrt: Auch im Lohnstreifen rechnet und bilanziert das produktive Eigentum, vertreten durch das Lohnbüro. Es rechnet den eingekauften und benutzten Arbeitern vor, was ihm die Benutzung ihrer Kräfte und ihrer Lebenszeit wert gewesen ist und wo der Preis dafür geblieben ist, noch ehe auch nur eine Mark überwiesen wird.

Logischerweise steht das Wichtigste voran: *Lohngruppe 0 6* heißt es lapidar im Briefkopf. So wird der betreffende "Mitarbeiter" vom Unternehmen eingestuft. Der Wert, den er schafft, geht ihn nichts an und taucht deswegen auf seinem Lohnzettel erst gar nicht auf. Worauf es ankommt, ist die andere Seite: Seine Arbeitsleistung ist dem Betrieb genau diese Lohnstufe wert. Wie diese Leistung aussieht und wieviel Arbeit pro Stunde jeweils "anfällt", kriegt der Mann am

Arbeitsplatz immer rechtzeitig mit. Was immer der Betrieb in einer Arbeitsstunde an Leistung verlangt, der *Stundenlohn* ist per Lohngruppe längst geregelt. In Mark und Pfennig ausgedrückt heißt 06: 10,57 DM Richtsatz, vom Betrieb großzügig auf 10,90 DM aufgerundet, das Ganze auf 135,8% hochgerechnet - macht 14,80 DM die Stunde! *Ausgerechnet* wird mit diesen geistigen Verrenkungen rein gar nichts. Noch bevor der erste Taschenrechner in Aktion tritt, steht das Ergebnis nämlich längst fest, 14,80 DM will das Unternehmen zahlen! Vom erwünschten Endergebnis aus werden dann die blödsinnigsten Prozentrechnereien angestellt. Von wem oder was sollten auch ausgerechnet 10,57 (oder 10,90DM) 100% sein? Und wieso ist die Arbeit im Gruppenakkord zur Zeit haargenau 35,8% *mehr wert* als die ominösen 100%, die sowieso nur als Zahl auf dem Papier existieren?

Ein anderes "Naturgesetz" als die tarifvertraglich abgesegnete Lohnkosten-Kalkulation der Firma ist bei der Lohnfestsetzung weit und breit nicht auszumachen.

Die Dauer der Benutzung ist ab dann das einzige, was für den Betrieb noch zählt. Es wird bloß noch zusammengezählt, wie lange die Arbeitskraft profitabel angewandt wurde. "*Anwesenheit: 2 0 Tage*", heißt das dann ganz sachlich.

Benutzen kann der Betrieb seine Leute, solange es ihm in den Kram paßt, Wochenenden selbstverständlich eingeschlossen. Lästig ist nur die (noch) bestehende gesetzliche Pflicht, sich mit ein paar leicht zu kalkulierenden Unkosten von den "Schranken" des Normalarbeitstags freizukaufen. Sauber bilanziert tauchen diese Beträge auf dem Lohnstreifen auf: 6 Überstunden-Zuschläge zu 21% machen exakt 22,20 DM, 2 Überstunden-Zuschläge zu 50% nochmal ganze 14,80 DM.

Kein Arbeiter hat je diese Micker-Beträge in Rechnung gestellt als Gegenleistung dafür, wie sauer ihn Überstunden und Wochenendarbeit ankommen. In irgendeiner feinen tarifvertraglichen Verordnung wurde, längst bevor er seinen "Sondereinsatz" antritt, festgelegt, daß ihm mehr auf keinen Fall zusteht. Das gerechte Zwischenergebnis nach diesem ganzen Hin und Her lautet: 2471,97 DM - darin sind sogar die 0,22 Pfennig enthalten, die beim Stundenlohn von 14,80 DM abgerundet worden waren!

### **Geschenke**

kriegt man jetzt sogar auch noch: 8,40 (!) DM Arbeitnehmersparprämie - dafür, daß man 52,- Mark für einige Jahre fest anlegt. Nach ein paar Jahren kriegt man für das so gesparte "Vermögen" immerhin ein halbes, oder ein sehr gebrauchtes Auto. Und dann kriegt man noch gesagt, daß es darauf gar nicht ankommt. Sparen muß man sowieso, und da bietet das "Angebot" des 624-Mark-Gesetzes die Chance, diesen Zwang mit einem volkswirtschaftlich nützlichen Dienst zu verbinden. Nach dem Motto "Kleinvieh macht auch Mist" werden Westdeutschlands Banken mit Sparguthaben ausgestattet. So kriegt man auch als Arbeiter Anteil am Geschäft der anderen Seite. Nach dieser "Zutat" kommt überhaupt erst

### **Das weite Feld der Abzüge**

Mit 429,90 DM Lohnsteuer, fast einem Fünftel der ausgewiesenen Brutto-“Bezüge”, ist man beim Staat dabei. Ein “Quellenabzug”, für den erst gar keine Gegenleistungen versprochen werden - außer der, daß es den Staat gibt mit all seinen segensreichen Einrichtungen (wie z.B.

5 Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Branntweinsteuer, Tabaksteuer...). Das Geld kann man also gleich vergessen, es hat einem nie gehört. Der Berufsstand der Steuerberater wurde nicht für Lohnsteuerpflichtige erfunden.

Kaum weniger als das, was er für sich selbst an “Vermögen bildet”, hat unser Mann Monat für Monat für die Kirche übrig 34,39 DM *Kirchensteuer*. Wer die zahlt, ist blöd genug. Wo hier schon mal die wirklich einzigartige Möglichkeit besteht, sich eine Steuer sparen zu können!

10 Versichert ist man natürlich auch noch, ohne daß man es sich frei ausgesucht hätte. In Gestalt der *Rentenversicherung* kassiert Vater Staat zum zweitenmal - satte 236,98 DM im Monat.

Da Krankheit und körperlicher Ruin zu den einkalkulierten “Wechselfällen” eines Lohnarbeiterlebens gehören, bedient sich der Betrieb in Gestalt der *Betriebskrankenkasse* mit einem Monatsbeitrag von 115,14 DM. Finanziert wird damit ein staatlich organisiertes

15 *Krankenwesen* - Ärzte und Apotheker leben bekanntlich nicht schlecht davon. Welche “Gegenleistungen” unser Beitragszahler im Krankheitsfall zu erwarten hat, wird mit jeder “Kostendämpfungs”-Aktion neu festgelegt.

Daß Arbeitslosigkeit zur Normalität der Lohnarbeit gehört, hat unser Klassenstaat schon immer gewußt. Unter dem Titel *Arbeitslosenversicherung* greift er deshalb zuguterletzt noch einmal zu. Die 58,90 DM ist man los. Garantierte Leistungen für den “Versicherungsfall Arbeitslosigkeit” darf man sich dafür nicht erwarten. Ganz im Gegenteil, je größer die Zahl der Arbeitslosen, um so rigider werden die gesetzlichen Bestimmungen für die Zahlung von Arbeitslosengeld. Ein Zufall ist es jedenfalls nicht, daß bei seit Jahren steigenden Arbeitslosenzahlen die

25 Arbeitslosenversicherung “Gewinne erwirtschaftet”. Mehr als ein Drittel der Entlassenen hat schlicht und einfach keine rechtsgültigen Ansprüche anzumelden. Es hat schon immer zu den leichtesten Übungen des Gesetzgebers gehört, durch die Änderung von ein paar Zahlen im Gesetzeswerk sowohl die Beitragshöhe der Zwangsversicherungen als auch die Auszahlungsbedingungen zu regulieren.

Fast hätten wir’s vergessen. Auch für den letzten “Eventualfall” ist vorgesorgt. Mit lächerlichen

30 60 Pfennig im Monat ist man bei der Sterbekasse dabei. Das Begräbnis ist gesichert - da weiß man doch endlich mal, was einen erwartet. Bleibt schließlich als Restgröße:

### ***Der Nutzen des Lohnarbeiters***

Der beträgt exakt 1641,45 DM pro Monat. Mehr ist seine Arbeitskraft nicht wert; das ist der

35 “Ertrag” der Bilanz, die für ihn aufgemacht wird. Diese Summe steht fest, vor und unabhängig von allen Aufwendungen, die ihn sein Dasein und seine Arbeitsfähigkeit - plus Wohnung plus Familie plus... - kosten. Umgekehrt: Der Aufwand ist Privatsache und hat sich nach dem Preis zu richten, der für den Arbeiter gezahlt worden ist. Der zählt zu den glücklichen Besitzern eines Arbeitsplatzes.

40 Das und sonst nichts ist bereits das ganze

***Sachgesetz der proletarischen Armut.***